

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Selbstbestimmt ein Leben lang - Freiheit kennt kein Alter

Wir Freie Demokraten stehen ein für die Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen in einer liberalen Gesellschaft. Diese Prinzipien gelten ein Leben lang – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Dabei gibt es in jeder Lebensphase unterschiedliche Schwerpunkte und Prioritäten, die sich an der Persönlichkeit und den individuellen Wünschen der Menschen orientieren. Wir machen uns daher stark für die Interessen aller Generationen. Aufgabe der Politik ist es, ein Fundament zu schaffen, welches allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben an jedem einzelnen Tag ermöglicht. Das Alter kann hierbei besondere Herausforderungen mit sich bringen, denen wir daher umso entschlossener begegnen müssen. In einem ständigen Prozess müssen wir die Aufgabe meistern, die Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit im Alter zu bewahren – auch angesichts gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen, wie dem demografischen Wandel und der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche.

Ältere Menschen haben unsere Gesellschaft aufgebaut und tragen sie durch ihre Lebensleistung mit. Ihre Erfahrungen und Kompetenzen sind für die Aufgaben, die auf unsere Gesellschaft zukommen, unverzichtbar. Auch aus diesem Grund stehen wir ein für die Interessen und Bedürfnisse Älterer.

Es gibt fünf Bereiche, die in allen Lebensphasen von großer Bedeutung sind, deren Sicherung sich aber insbesondere im Alter besonders herausfordernd gestalten kann. Dazu zählen die finanzielle Sicherheit, Gesundheit und Pflege, die gesellschaftliche Teilhabe - sei es in Form beruflicher Tätigkeiten oder in Form gesellschaftlichen Engagements -, die Digitalisierung und der Zugang zu neuen Kompetenzen, sowie das Wohnen und die Mobilität. Gemeinsam bilden sie die Kernbereiche der Selbstbestimmung. An diesen Kernbereichen bemisst sich die Eigenständigkeit und die persönliche Freiheit im Alter. Innerhalb dieser Bereiche müssen Maßnahmen zur Unterstützung und zur Stärkung getroffen werden, die sich explizit an der Lebenssituation und den Bedürfnissen älterer Menschen orientieren und somit ein selbstbestimmtes Leben in den späteren Lebensphasen ermöglichen. Unsere Städte, unsere Lebens- und Wohnumfelder, aber auch die Arbeitswelt werden in den nächsten Jahrzehnten einen massiven Wandel erleben, in den alle Generationen aktiv eingebunden werden müssen.

Die Kernbereiche der Selbstbestimmung im Alter

1. Finanzielle Sicherheit stärken

Die eigene ökonomische Stabilität und finanzielle Sicherheit ist in jedem Alter entscheidend für eine unabhängige, freie Lebensführung – so auch in den Lebensjahren nach der Berufstätigkeit. Finanzielle Sicherheit im Alter spielt jedoch auch bereits beim Übergang in den Ruhestand und hinsichtlich der Rente eine wichtige Rolle. Hand in Hand mit der Lebenserwartung ist die Leistungsfähigkeit im Alter gestiegen, um durchschnittlich 10 Jahre. Ältere Menschen sind nicht weniger - sie sind anders leistungsfähig als Jüngere. Daher müssen die gesellschaftlichen Vorurteile gegen Arbeit im Alter fallen. Jeder soll selbst bestimmen, ob und wie lange er oder sie länger arbeiten möchte, unabhängig von der Ruhestandsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung. Starre Altersgrenzen für den Renteneintritt werden den individuellen Lebensentwürfen der Menschen nicht mehr gerecht und haben ausgedient. Wir fordern daher ein flexibles Renteneintrittsalter ab 60 Jahren, damit diejenigen, die länger im Beruf verbleiben wollen, später und diejenigen, die im Alter nicht mehr arbeiten können oder wollen, entsprechend früher in den Ruhestand wechseln können. Außerdem muss gewährleistet sein, dass der Rentenbezug fair gestaltet ist und sich freiwillige Altersvorsorge auch immer bezahlt macht. Dazu wollen wir die „Basis-Rente“ schaffen, die die zusätzliche Altersvorsorge stärkt und sicherstellt, dass sich erworbene Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge auf die Bezüge auswirken und einen Unterschied zur Grundsicherung ausmachen. Wir sind überzeugt: Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter mehr haben als jemand, der das nicht getan hat. Doch auch der Schutz vor Kriminalität im Alter sichert die finanzielle und damit die persönliche Unabhängigkeit. Daher wollen wir auch den Schutz vor finanzieller Ausbeutung durch den Missbrauch von Vorsorgevollmachten stärken und den Opfern und ihren Angehörigen eine bessere juristische Handhabe gegenüber Tätern ermöglichen.

2. Gesellschaftliche Teilhabe als Kern des Zusammenhalts verstehen

Der gesellschaftliche Zusammenhalt über alle Altersgrenzen hinweg ist das Herzstück einer lebendigen Zivilgesellschaft, die unser Land von innen heraus stärkt. Der Zusammenhalt wird durch die gesellschaftliche Teilhabe und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger genährt. Für uns ist es daher von größter Wichtigkeit, dass die ältere Generation ein aktiver Teil der Gesellschaft ist und bleibt und auch als solcher wahrgenommen wird. Von einem wertvollen Erfahrungsaustausch und der Beteiligung aller Generationen profitieren alle - jung und alt. So stellen wir als Gesellschaft auch sicher, dass der Einsamkeit im Alter nachhaltig vorgebeugt wird, wohlwissend, dass Einsamkeit in jedem Alter ein zunehmendes Problem darstellt, dem wir entschlossen entgegenzutreten müssen. Soziale Isolation und Einsamkeit beschleunigen nachweislich

Erkrankungen und können sogar eine frühere Pflegebedürftigkeit bedingen. Wir sehen auch in der Förderung von Begegnungsorten, geeigneten Wohnformen und Teilhabemöglichkeiten einen notwendigen Schutz vor Einsamkeit und sozialer Isolation. Ältere Menschen haben aufgrund ihrer Lebenserfahrung und ihres Wissens einen großen Wert für die Gesellschaft, auf den wir nicht verzichten können und wollen. Allerdings müssen Veränderungen vorangetrieben werden, um die gesellschaftliche Teilhabe Älterer zu stärken. So muss beispielsweise für eine soziale Infrastruktur gesorgt werden, die den Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen gerecht wird. Das umschließt niedrigschwellige Beratungsangebote, verfügbare Orte des generationenübergreifenden Austauschs und des Zusammenkommens sowie altersgerechte Kulturprogramme und Bildungsprojekte. Ältere Menschen engagieren sich mit vollem Herzen vermehrt ehrenamtlich und freiwillig in unserer Gesellschaft. Dieses Potential wollen wir fördern, indem wir die Strukturen des ehrenamtlichen und des freiwilligen Engagements vereinfachen und den bürgerschaftlichen Einsatz stärker anerkennen und würdigen. So hat die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten einen Antrag eingebracht, den Bundesfreiwilligendienst für Seniorinnen und Senioren attraktiver zu machen. Aber auch Erleichterungen durch den Abbau von bürokratischen Hürden und die Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen können den Einsatz im Ehrenamt attraktiver gestalten. Wir sind der Ansicht, dass bei der Festlegung der Haftungsvoraussetzungen die Sonderstellung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes berücksichtigt werden muss. Um die Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes sicherzustellen, bedarf es der Anhebung der Ehrenamtszuschale. Aus unserer Sicht gehört es zu den zentralen Aufgaben des Staates, gesellschaftlich engagierten Menschen den Rücken zu stärken und ihnen, wo immer es möglich ist, Steine aus dem Weg zu räumen, sie zu entlasten und ihr Tun zu fördern.

3. Bildungsangebote und Digitalisierungskompetenz für jedes Alter sicherstellen

Die Digitalisierung verändert Arbeitswelt und Lebenswirklichkeit fundamental und prägt die Zukunft unserer Gesellschaft maßgeblich. Sie bietet zahlreiche Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt, birgt aber auch Herausforderungen, die gemeistert werden müssen. Die Digitalisierung muss dabei als das wahrgenommen werden, was sie ist - eine große Chance für alle Generationen, auch für die älteren. Die Vermittlung und das Erlernen von digitalen Kompetenzen spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wir fordern ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben, das Menschen jeden Alters lebenslanges Lernen und damit einen einfachen Zugang zum kontinuierlichen Gewinn von Kompetenzen ermöglicht. Im Rahmen dieses zweiten Bildungssystems können sich Berufstätige ebenso wie Menschen im Ruhestand einfach und unbürokratisch weiterbilden – so auch zu Digitalisierungsthemen. Konkret wollen wir Berufs- und Hochschulen für Menschen jeden Alters öffnen, um das lebens- und arbeitsbegleitende Lernen zu stärken. Außerdem wollen wir die Nutzung von persönlichen Freiraumkonten einführen, damit die

Finanzierung von Fort- und Weiterbildungszeiten deutlich einfacher wird. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass Weiterbildung und das Erwerben von neuen Kompetenzen für die Breite der Gesellschaft ermöglicht werden und nicht nur für die Menschen im Fokus stehen, die am Anfang ihrer Bildungs- und Erwerbsbiografie stehen. Damit wirklich allen Altersgruppen die Nutzung der Digitalisierung und der Technik ermöglicht werden kann, ist eine responsive Digitalisierungspolitik nötig. Damit meinen wir, dass die Politik in Digitalisierungsfragen auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Altersgruppen eingehen muss, anstatt einen "one size fits all" - Ansatz zu vertreten. Aktuell sind mehr als die Hälfte der über 70-Jährigen sogenannte "Offliner"- bei den unter 40-Jährigen sind hingegen nahezu alle Menschen online. Wir wollen diese große Lücke schließen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind gezielte Investitionen und Angebote nötig - beispielsweise Senioren-Kurse, die mit Leihgeräten arbeiten und individuelle Unterstützungsleistungen anbieten. Mithilfe dieser Maßnahmen wollen wir konsequent nicht nur die Medienkompetenz, sondern auch das Vertrauen in technische Lösungen bei älteren Menschen stärken. Die Digitalisierung und ihre weitreichenden Möglichkeiten betrifft uns alle - daher müssen wir sicherstellen, dass auch alle in unserer Gesellschaft mitgenommen werden.

4. Angepasste Wohn- und Mobilitätskonzepte in den Fokus rücken

Zu einer selbstbewussten und selbstbestimmten Lebensführung in jedem Alter gehört auch der möglichst lange Verbleib in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Umgebung. Soziale Kontakte in der Nachbarschaft und ein bekanntes Umfeld sind zugleich Bereicherungen und Erleichterungen im Alter. Daher wollen wir die Schaffung von Wohnumfeldern, die sich an den Bedürfnissen Älterer orientieren, stärken. Dazu zählt unter anderem eine größere Barrierefreiheit, die Möglichkeit der Kreditvergabe sowie der Beratung für altersgerechte Sanierungen und Umbauten. Innerhalb des laufenden KfW-Programms "Altersgerecht Umbauen" muss bei der Förderung auch die Integration von Technischen Assistenzsystemen (sog. Ambient Assisted Living) stärker in den Blick gerückt werden. Zusätzlich muss das aktuelle Leistungsrecht der Kranken- und Pflegekassen entsprechend weiter geöffnet werden. Auch die Förderung von generationenübergreifenden Wohnkonzepten, wie beispielsweise Wohngemeinschaften zwischen Senioren und Studierenden oder Auszubildenden, die derzeit in vielen europäischen Ländern erfolgreich umgesetzt werden, hilft, das Ziel einer altersgerechten Wohnpolitik zu erreichen. Uns ist wichtig, mit diesen Maßnahmen auch das gesellschaftliche Miteinander von Jung und Alt zu stärken, da die Generationen voneinander lernen können und somit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Die eigene Mobilität ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben - insbesondere im Alter. Wir treten dafür ein, dass bei der ohnehin dringend gebotenen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und auf dem Land altersgerechte Aspekte verstärkt einfließen. Die Barrierefreiheit muss ausgebaut und Mobilitätsangebote flexibler und einfacher

ausgestaltet werden. Hierzu zählt auch die abgestimmte Verbindung verschiedener Angebote vor allem im ländlichen Raum.

5. Gesundheit bewahren und Pflege würdevoll gestalten

Gesundheit ist eines der höchsten Güter im Leben. Im fortgeschrittenen Alter ist es umso wichtiger, die eigene Gesundheit bestmöglich zu bewahren. Damit dies gelingen kann, müssen wir dafür sorgen, dass eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen zur Verfügung steht - in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen. Dazu gehört auch, dass die Nutzung von Telemedizin und e-health verstärkt gefördert werden muss. Aber auch die Chancen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz können in der Begleitung von Pflegebedürftigen im Alltag besser genutzt und sollten daher gestärkt werden. Auch müssen Präventionsmaßnahmen und die gesundheitliche Aufklärung früher als bisher einsetzen, z.B. bei Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes. Im Krankheitsfall ist es wichtig, dass Ärzte, Pflegekräfte und medizinische Fachangestellte ausreichend Zeit für ihre Patientinnen und Patienten aufwenden können. Dazu müssen sie stärker von alltäglichen Aufgaben entlastet werden. Hier wollen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen - Ziel ist das papierlose und vernetzte Gesundheitswesen, das der überbordenden und zeitraubenden Bürokratie ein Ende setzen soll und so dem medizinischen Fachpersonal mehr Zeit für persönliche Zuwendung lässt. Dabei müssen alle Abläufe neu gedacht werden, anstatt die derzeit papiergestützten Prozesse lediglich auf elektronische Prozesse umzustellen. Darüber hinaus ist es unabdingbar, die häusliche und stationäre Pflege zu stärken und den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu beheben. Insbesondere den Notstand der personellen Situation in der Pflege muss die Politik effektiv bekämpfen. Zeitnot und Dokumentationspflichten reduzieren die Pflege auf das Notwendigste, individuelle Zuwendung kommt zu kurz. Wird man im Alter pflegebedürftig, darf eine professionelle und menschliche Pflege jedoch kein Privileg sein. Dazu müssen wir auch die Situation von pflegenden Angehörigen verbessern, denn sie sind der beste Garant für eine zuwendungsvolle Pflege in einem vertrauten Umfeld. Derzeit werden weit mehr als die Hälfte der pflegebedürftigen Menschen privat durch ihre eigenen Angehörigen gepflegt. Zusätzlich sollte der Fokus stärker als bisher auf innovativen Konzepten, die ein weitgehend selbstbestimmtes Leben für an Demenz erkrankten Menschen unterstützen, liegen.

Ansprechpartner:

Grigorios Aggelidis MdB, familienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 72256 – E-Mail: grigorios.aggelidis@bundestag.de